

Quelle: Handelsblatt

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

KAPITALISMUSKRITIK Der neue Klassenkampf

Die "Deutschland AG" ist Geschichte. Jetzt favorisiert der Staat Heuchelei und Populismus. Das ist das Gegenteil von repräsentativer Politik. Die lebt von Bedacht, nicht von Aufwallung.

Josef Joffe

Es war einmal eine "Deutschland AG", die im Ausland mal bewundernd, mal höhnisch "Rheinischer Kapitalismus" genannt wurde. Das war das gut geölte Zusammenspiel von Big Business, Staat und Verbänden, das für Ordnung sorgte. Der Staat half der Wirtschaft, die Wirtschaft dem Staat - und alle zusammen passten auf, dass Wettbewerb nicht überhandnahm.

Das System favorisierte die Produzenten; die Konsumenten zahlten die höheren Preise, wurden aber mit steigenden Wohlfahrtsausgaben ruhiggestellt. Konkurrenz wurde durch Preisbindung gebremst, Finanz-, Versicherungs- und Arbeitsmärkte wurden hinter den hohen Mauern des Nationalstaats durch starres Reglement geschützt.

Vornehm lautete der Begriff "Korporatismus", abfällig "Klüngelwirtschaft". Die Väter des Systems hießen Konrad Adenauer und Hermann Josef Abs, der von 1957 bis 1967 der Deutschen Bank vorstand. Vorbei, vorbei. Heute lesen wir von der "klirrenden Eiszeit" zwischen Kanzlerin und Abs-Erben Josef Ackermann.

Merkel hatte dem "Joe" noch vor drei Jahren zum 60. Geburtstag ein Essen im Kanzleramt ausgerichtet. Heute nimmt sie ihm übel, dass er nach dem großen Crash Staatsgelder verweigert hat, für ihn wäre das weiland eine "Schande" gewesen. Sie redet von Verrat, er

von der ungezügelten Schuldenpolitik.

Welch ein Kontrast zur "guten alten Zeit"! Helmut Schmidt zelebriert heute noch das staatstragende Gebaren der Deutschen Bank Mitte der 70er-Jahre, als die Flicks 40 Prozent ihrer Daimler-Benz-Aktien an Iran verhöckern wollten. Die Quandts hatten schon 14 Prozent an Kuwait abgestoßen, es drohte der "Ausverkauf" Deutschlands. Schmidt machte Druck, die Herren Christians, Guth und Herrhausen besannen sich auf ihre patriotische Pflicht und übernahmen ein großes Aktienpaket, das sie dann auf dem deutschen Markt platzierten. Man verstand und half sich. Heute moniert der Altkanzler, dass die Deutsche Bank nicht mehr "deutsch" sei, dass sie nur noch Reibach & Rendite nachjage.

Dramatischer ist das jüngste Beispiel, der Atomausstieg. Diesmal ging es nicht um die großen Versorger, die einst eine quasi-offizielle Rolle im Geflecht der "Deutschland AG" gespielt hatten - ein Oligopol in der Sonne des staatlichen Wohlwollens. Hatte nicht Merkel der Atomwirtschaft im Herbst 2010 die Laufzeitverlängerung, sprich: eine fette Rendite auf abgeschriebene Kraftwerke, geschenkt?

Ein halbes Jahr später, nach Fukushima, folgte die Kanzlerin ihrer plötzlichen Erleuchtung und verkündete den totalen Atomausstieg. Die Aktien von RWE,

Eon und Co. haben sich seitdem im Wert etwa halbiert. Die Kanzlerin will sich mit den Bossen nicht mehr auf der Straße zeigen. Einer von ihnen, der RWE-Chef, darf Merkel für seinen Abgang danken.

Das herzliche (und einträgliche) Einvernehmen zwischen Staat und Großwirtschaft ist dahin; das ist die Moral von der Geschichte. Der Staat als Erfüllungsgehilfe der Bourgeoisie, wie Marx lehrte, oder als Reparaturbetrieb des Kapitalismus, wie der "Stamokap" doziert? Perdu, vorbei; die "Deutschland AG" ist zerbrochen. Das ist die historische Zäsur, die sich hinter den aufgeregten Schlagzeilen verbirgt.

In Amerika, der Hochburg des Kapitalismus, ist es übrigens nicht anders: Da haben Obamas Strategen dankbar zugegriffen, als sich "Occupy Wall Street" formierte. Die Banken, der Finanzkapitalismus sind der neue Feind, der Klassenkampf wird für den wackelnden Präsidenten zum Rettungsring im Wahlkampf 2012. "Hunting the rich" nennt der "Economist" die neue Vorgabe.

In Deutschland reiten sowohl Sigmar Gabriel (SPD) als auch Wolfgang Schäuble (CDU) auf der antikapitalistischen Welle. Dieser bekundet "Verständnis" für "Occupy Wall Street", jener will die Banken zerschlagen. Die "gute" Geschäftsbank soll nicht auch als "böse", weil zockende, Investitionsbank agieren. Die

**Quelle: Handelsblatt**

© Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Düsseldorf

Zwangskapitalisierung der Institute muss her, und die Verstaatlichung wäre der logische nächste Schritt. Wie gut unsere braven Landesbanken mit dem Geld ihrer Kunden umgehen, haben sie vor dem Crash gezeigt. Ihr Leichtsin hat die Gier der Privaten deutlich übertroffen.

Es war kein Schaden für Deutschland, dass der "Rheinische Kapitalismus" durch Globalisierung und Europäisierung zum Rückzug gezwungen wurde, übrigens auch

durch Schröders Agenda 2010. Deutschland ist wettbewerbs- und anpassungsfähiger geworden; davon zeugt das relative Wohlergehen dieses Landes nach dem großen Crash.

Aber Populismus als Prinzip? Das ist das Gegenteil von repräsentativer Politik, die von Bedacht und Beratung lebt, nicht von Aufwallungen. Es regiert eine Mischung aus Chuzpe und Heuchelei. So lenken Obama und seine deutschen Freunde von der

Schuld des Staates ab. Ohne Megaschulden und Billig-Geld keine Blase und kein Crash. Der Kapitalismus nimmt, aber der Staat hat gegeben. Der Wahrheitsfindung dient der neue Klassenkampf nicht, der Verhinderung der nächsten Krise erst recht nicht.

Der Autor ist Herausgeber der "Zeit" und lehrt derzeit Politik in Stanford. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com